

Die Gehaltsverhandlungen mit den Reichs- und Staatsangestellten gescheitert.

Ab. Berlin. Die im Reichsanwaltschaftsministerium anführten Verhandlungen über die Bezüge der Reichs- und preussischen Staatsangestellten haben, wie das Nachrichtenbüro des Reichs- und Staatsangelegenheiten erörtert, zu keinem Ergebnis geführt. Die Angelegenheitenorganisationen haben deshalb am Sonnabend nachmittags die Verhandlungen abgebrochen und der Reichs- und preussischen Staatsregierung folgende

Erklärung

übermittelt:

Die Gehaltsverhandlungen für die bei den Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen beschäftigten Angestellten sind von den am Reichs-Angelegenheitenrat beteiligten Angelegenheitenorganisationen auf Grund des ihnen in diesen Tarifverträgen gewährten Rechtes, die Grundgehälter des Reichs-Beholdungsgeleges zu erhalten, geführt worden. Durch die von den Vertretern der Reichs- und der preussischen Staatsregierung bei den Verhandlungen gemachten Vorschläge wird dieser Rechtsanspruch nicht erfüllt. Die Grundgehälter nach den Regierungsvorschlägen ergeben, wie die Nachprüfung in vielen Fällen beweist, daß die den vergleichbaren Beamten gesetzlich zustehenden Ansprüche der Angeestellten nicht gewahrt werden. Dies wird dadurch noch verstärkt, daß für die Beamten Sonderbestimmungen zu deren Gunsten getroffen sind, für die den Angeestellten selber keinerlei Vorteile geboten sind. Diese Tatsache wirkt sich für die Angeestellten umso ungünstiger aus, als sie sich in viel ungünstigeren Arbeitsverhältnissen befinden als die Beamten. So sollen u. a. die nur aus beamtenpolitischen Erwägungen festgesetzten Grundgehälter über die Bezüge der Diakone auf die Angeestellten ohne jede Veränderung übertragen werden. Dies ist umso unbilliger, als die Mehrzahl der Angeestellten ihre Bezüge aus den untersten Vergütungsklassen der Gruppen erhält. Bei dem oft eintretenden Wechsel der Angestellten von einer Behörde zu einer anderen kommen sie auch nicht über die unteren Gehaltsstufen hinaus. Die Bezüge für die jugendlichen Angeestellten würden auch nach den Vorschlägen der Regierung zum größten Teil niedriger sein als die bisher gewährten. Aus diesen Erwägungen sind die vertragsschließenden Angelegenheiten-Organisationen nicht in der Lage, den von der Reichs- und preussischen Staatsregierung als endgültig bezeichneten Vorschlägen zuzustimmen. In Wahrnehmung ihrer Interessen müssen sie deshalb die ihnen nach den Gesetzen zustehenden Rechte in Anspruch nehmen. Sie beabsichtigen, daß die langwierigen Verhandlungen zu keinem tragbaren Ergebnis geführt haben.

Die vertragsschließenden Organisationen werden das Reichsarbeitsministerium alsbald um Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersuchen.

Die deutsch-französischen Beziehungen im Jahre 1927.

X Paris. In einer Betrachtung über das abgelaufene Jahr schreibt das linksstehende Mittagsblatt Paris Miti: Den deutsch-französischen Beziehungen kommt in der Friedensfrage eine grundlegende Bedeutung zu. Amüsant ist die Annäherung zwischen beiden Ländern seit 1919 etwas stationär geblieben. Aber das Jahr 1927 hat trotzdem die Rückkehr Deutschlands in das europäische Konzert gebracht. Der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund hat sich als ein Erfolg erwiesen und es ist Reichsaußenminister Dr. Stresemann gelungen, selbst die deutschen Nationalisten für seine Politik zu gewinnen. Das Jahr, das mit dem Ausbruch der baltischen Ereignisse begonnen hatte, hat in seinem Verlauf die Aufhebung der Militärkontrollen und die Derogierung der Besatzungsrechte gebracht. Deutschland hat außerdem dank seiner finanziellen Verpflichtungen erfüllt, die ihm der Dawesplan auferlegt. Die Welt ist sicher nicht mehr fern, in der man zur Klärung des linken Ozean gelangt wird und zur endgültigen Festlegung der deutschen Schuld schreiten wird.

Stresemann und Woldemar.

Ab. Berlin. (Funktpruch.) Wie den Blättern mitgeteilt wird, trifft es zu, daß die Absicht besteht, in der zweiten Hälfte des Monats eine Zusammenkunft zwischen dem Reichsaußenminister und dem Präsidenten Woldemar in Berlin anlässlich des Wiederbeginns der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen herbeizuführen. Der Wunsch dazu ist von italienischer Seite ausgegangen.

Angebliche Enthüllungen über ein Unternehmen Dr. Gehlers.

X Berlin. Der „Montag-Morgen“ bringt in großer Aufmachung einen Bericht seines Nürnberger Berichterstatters, nach dem Reichswehrminister Dr. Gehler seit vielen Jahren in München ein Korrespondenzbüro unterhalten soll, das Aufnahmen veröffentlichen habe. Nach dieser Darstellung sollen die Anfänge dieses Unternehmens bis in die ersten Inkationsjahre zurückzuführen. Es sei als Münchener Verlagshaus von dem damals Gehler nahelebenden ehemaligen Generalsekretär der demokratischen Partei Osterorn aufgegeben worden. Neben der Herausgabe von Druckschriften habe sich Osterorn hauptsächlich mit der Redigierung und Einföhrung einer Zeitungskorrespondenz beschäftigt, die als „Süddeutscher Zeitungsdienst“ bald eine Reihe von Abonnenten in der bayerischen Provinz, aber auch in Baden und Württemberg gefunden habe. Hauptächlich Blätter der Bayerischen Volkspartei hätten diesen Dienst bezogen. Dieses Unternehmen habe Dr. Gehler beträchtliche Ausgaben verursacht. In der Inkationszeit sei das Geschäft vermöge eines komplizierten Injektionsabkommens mit dem Abnehmer noch leiblich gegangen; auch die Dapag habe viele Anzeigenaufträge erteilt. Bei Ausbruch der Inkationszeit aber seien diese Auftragsquellen rasch verfliegt. Bei Quartalsabschluss habe Osterorn von Dr. Gehler regelmäßig erhebliche Zuschüsse erbiten müssen. Als sich dies häufig wiederholte, sei es im Sommer 1926 zum Bruch zwischen Osterorn und Dr. Gehler gekommen, und der Süddeutsche Zeitungsdienst sei nahe daran gewesen, einzugehen. Nun hätten die Redakteure eingegriffen, und einer von ihnen habe Gehler für den Plan gewonnen, den Süddeutschen Zeitungsdienst aus dem Osterornischen Betriebe herauszunehmen. Gehler habe gegen die Verpflichtung der neuen Herausgeber, alle Monate den Betrieb kontrollieren zu lassen, die Garantie für weitere Verluste übernommen. Schon zwei Monate nach der Umstellung habe Dr. Gehler neuerdings beträchtlichen Aufschub leisten müssen. Der Nürnberger Korrespondent des „Montag-Morgen“ beauftragt für das Unternehmen geschätzten Summen auf etwa 200.000 Mark, die zum Teil über ein Darlehenskonto Osterorn gegangen seien. Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Darstellung mag vollständig dem genannten Blatte überlassen werden.

Zum Entschluß über die Verwaltungsreform.

Ab. Dresden, 21. Dez. Von der Reichsanwaltschaft in der Staatskanzlei wird geschrieben: Die „Neuzeitliche Volksgesinnung“ und die „Kommunistische Volksgesinnung“ beantragen das Entschluß des Präsidenten des Staatsrechnungshofs zur sachlichen Verwaltungsreform, um wieder einmal unter Berücksichtigung von Zeitfragen gegen den Ministerpräsidenten Selbsteingriffe zu erheben, indem behauptet wird, daß der frühere Ministerialdirektor Dr. Pompe im Jahre 1924 bereits vorgeschlagen habe, Amtshauptmannschaften zusammenzulegen, Kreisshauptmannschaften aufzuheben, Nebenstellen zu beseitigen, das sächsische Landesversicherungsamt aufzuheben und dergl., der Ministerpräsident Selbste aber auf Vorschlag der Staatskanzlei die Vorschläge abgelehnt habe. Daraus ist somit richtig, daß der frühere Ministerialdirektor Dr. Pompe am 21. November 1928 ein knapp 9 Seiten langes Schreiben an die Staatskanzlei gerichtet hat, in dem er neben der Beseitigung des Zweigamts Sachsa und der Amtshauptmannschaft Verden die Zusammenlegung der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-M. und ferner die Aufhebung der Kreisshauptmannschaft Woyen, die Beseitigung der Landbauämter, des Landesversicherungsamts und der Landesverwalterstelle gefordert hat. Auf Erlauchen hat sich hierzu die Staatskanzlei unter dem 10. Dezember 1928 geäußert und hierbei der Beseitigung der Landbauämter und des Landesversicherungsamtes vorbehaltlos zugestimmt, hinsichtlich der Kreisshauptmannschaft Woyen und der Landesverwalterstelle aber Bedenken geltend gemacht. Die Verschmelzung der beiden Dresdner Amtshauptmannschaften ist inzwischen erfolgt. Dieser ganze interne Vorgang kann lediglich als Vorbereitung der Verwaltungsreform gewertet und mit der gegenwärtigen Aktion gar nicht verglichen werden. Bedauerlich ist nur der Irrtum des Gewährsmannes der beiden genannten Setzungen insofern, als er den Vorgang in die Zeit der Ministerpräsidentenschaft Selbste verlegt. Wie schon die angegebenen Daten beweisen, haben die Vorgänge unter einer früheren Regierung gespielt und das Unmaß will es, daß es der damalige Ministerpräsident Selbste war, der den Standpunkt der Staatskanzlei gebilligt hat. Also Vorkauf in der Verwertung von Zuträgereien gegen den Ministerpräsidenten Selbste!

Beantragte Bahnbauten für Sachsen.

Ab. Dresden. Dem Reichstag ist soeben eine Zusammenstellung der für ein Reichsbahnbauprogramm 1927 beantragten Bahnbauten zugegangen. Sie enthält für Sachsen folgende von der preussischen Landesregierung bezug. von der sächsischen Staatsregierung unterhaltene Bahnbauvorschläge:

Errichtung einer 15,8 Kilometer langen Nebenbahn zwischen (Pferdsberg) Böhlen-Verulich. Die Kosten für diesen Bau werden auf 2,14 Mill. RM. berechnet, in denen 514.000 RM. für die Einföhrung der Bahnstrecke in Benutzung enthalten sind.

Unterstützt wird von Seiten der Regierung ferner die Errichtung einer 31,5 Kilometer langen Hauptstrecke zwischen Adorf und Hof, die als Hauptbahn 8,5 Mill. RM., als Nebenbahn 5,5 Mill. RM. kosten dürfte.

Mit Hilfe des Bundes Sachsen wird voraussichtlich der 300.000 RM. erfordernde Bau der 3,3 Kilometer langen, von Geperndorf nach Königswalde führenden Plattentalbahn finanziert werden können.

Befürwortet wird schließlich von der Regierung auch die Verbindung der Orte Schweinitz und Straßberg durch eine 9,8 Kilometer lange Nebenbahn, deren Errichtung etwa 1,4 Millionen RM. kosten wird.

Aus den Kreisen der Wirtschaft ist der Vorschlag gemacht worden, zwischen Prießnitz und Magdeburg eine 20,6 Kilometer lange Nebenbahn für 4,56 Mill. RM. zu errichten.

Nichtlinien für Verteilung der Hindenburg-Spende.

Ab. Berlin. Nach den nunmehr veröffentlichten Setzungen und Richtlinien der Hindenburg-Spende sollen in der Regel jährlich an Offizern und zum Geburtstag des Reichspräsidenten (2. Oktober) zwei Auszeichnungen erfolgen. Zu Offizieren sind mindestens 80 u. d. des Unteroffiziersbezuges an händerrliche Kriegerveteranen zu zahlen. 5 u. d. des für ein Jahr ausgemerkten Bezuges sind zur Beförderung besonders dringender außertermalischer Fälle der Geschäftsföhrung zu bezeichnen. Die Unterstühtungen sind in solcher Höhe zu zahlen, daß sie wirksame Hilfe bringen können. Die Auswahl der zu Behebenden erfolgt in der Regel durch die Hauptförderstellen der Kriegsbeschädigten- und Kriegerverwundten-Fürsorge und, soweit ehemalige aktive Offiziere, Heeresbeamte und ihre Hinterbliebenen in Frage kommen, durch die Hauptförderungsämter. Durch das Zusammenarbeiten der in Betracht kommenden Stellen soll insbesondere eine Gewähr dafür gegeben werden, daß auch solche Verönllichkeiten unterstüht werden, die nicht der öffentlichen Fürsorge unterliegen. Als Grundlag gilt, daß das Reich oder die sonst verpflichteten Körperschaften durch die Gewöhrungen aus der Hindenburg-Spende von ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht entlastet werden. Es ist Vorkorge zu treffen, daß eine Unterstühtung der aus der Hindenburg-Spende gezahlten Unterstühtungsbeträge auf Renten und Fürsorgeleistungen jeder Art nicht erfolgt. Unterstühtungsbeträge sind nur solche Fälle, in denen die öffentliche Fürsorge bisher nicht oder nicht ausreichend eingreifen konnte. Verönllichkeiten, bei denen die Gefahr der ungewöhrlichen Verwendung des Unterstühtungsbetrages vorliegt, sind auszuscheiden. Das Kuratorium kann bestimmen, daß bestimmte Arten von Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundten (Tuberkulose usw.) bevorzugt werden. Das Sargebiet und der Freistaat Danzig sind als Teile des Deutschen Reiches zu behandeln.

Zwischenfall auf einem österrösch-ungarischen Grenz-Bahnhof.

X Wien. Der „Morgen“ meldet aus Graz, daß in Egent-Gottard, der auf ungarischem Gebiet gelegenen Station, an der österreich-ungarischen Grenze am Sonntag ein Zwischenfall ereignete, der großes Aufsehen hervorgerufen hat. Es trafen mit einem Güterzuge aus Verona 5 Waggons, deren Ladung als „Maschinen-Bestandteile“ deklariert war, in Egent-Gottard ein. Die Waggons enthielten aber, wie sich herausstellte, zerlegte Maschinengewehre. Die österreichischen Zollbehörden verlangten nun, daß die Waggons nicht weiter geschoben würden. Trotzdem schoben die ungarischen Bahnböhrden unter militärischer Bewachung die 5 Waggons mit den Maschinengewehren weiter und trafen den österreichischen Zollbeamten, die sie daran hindern wollten, mit Waffen entgegen. Die österreichischen Zollbehörden haben nach dem Vorfall Egent-Gottard verurteilt, indem die Güter seitdem nicht mehr abgefertigt werden können. Weiters Nachforschungen sind nicht zu erkalten, da die Telephonleitungen gestört sind.

Der Freundschaftsflug Lindberghs.

X San Salvador. Lindbergh ist von Belize kommend, hier eingetroffen.

Schwerer Autounfall.

X Magdeburg. Zwischen Müller und Gerwich fuhr ein mit fünf Personen besetztes Auto mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß es vollständig zertrümmert wurde. Die Insassen wurden auf die Gasse geschleudert. Der Grenadier Müller verstarb dem Reichswehrminister in Potsdam und seine Schwester Erna verstarb in Magdeburg und seine Schwester Erna verstarb in Magdeburg waren sofort tot. Schwer verletzt wurden der Chauffeur und 3 Damen, sämtlich aus Magdeburg. Die drei Verletzten wurden in eine Privatklinik in Magdeburg gebracht, die Kosten nach der Gasse in Coblenz. Die auf so tragliche Weise ums Leben gekommenen befanden sich auf der Rückfahrt nach Magdeburg.

Aufhebung des Stichtvermerks.

Ab. Berlin. Da es mehrfach zu Streitigkeiten gekommen ist, wird von autöndiger Stelle noch einmal mitgeteilt, für welche Länder der Stichtvermerk aufgehoben ist. Das ist demnach im Verkehr im folgenden Staaten der Fall: Großbritannien, Schweden, Schmel, Portugal, Panama, Dösterreich, Luxemburg, Tschechoslowakei, Island, Japan, Holland, Daiti, Finnland, Dänemark, Domingo, Cuba, Danzig.

Flugzeuge auf U-Booten — ein preisgegebenes Geheimnis.

X London. (Teleunion.) Die gestern von der „London Gazette“ gemachte Ankündigung, daß die britische Flotte über Unterseeboote verfügt, die zusammenlegbare Flugzeuge an Bord föhren können, hat in verschiedenen Marinekreisen weltliches Aufsehen erregt. Man ist in diesen Kreisen der Ansicht, daß das von der Admiralität preislich gebilligte Geheimnis durch die gestrige Ankündigung in der offiziellen „London Gazette“ ganz ungewollt preisgegeben wurde. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß auch die amerikanische Flotte seit längerer Zeit gewisse Experimente in der gleichen Richtung macht. Der sozialistische Abgeordnete Kenworthy erklärt, daß die amerikanischen Versuche, zusammenlegbare kleine Flugzeuge in Unterseebooten zu befördern, erfolgreich verlaufen seien. Die britische Admiralität lehnt einzuwirken die Befanntgabe von Einzelheiten über die Konstruktion der Unterseeboote und der mitzuföhrnden Flugzeuge ab.

Ministerialrat Schulze.

Im Reichspostministerium, der Chef der Presseabteilung des Ministeriums, feierte am Sonnabend sein vierzigjähriges Dienstjubiläum. Unter dem zahlreichen Glückwünschen erhielt der Jubilar auch ein Schreiben des Reichspräsidenten. Bei der Feier im Ministerium gedachte der Reichspostminister Schulze der Verdienste des Ministerialrats in seinem Amt. In der Verlesenerzählung stattete Generaldirektor Meubel dem Jubilar die Glückwünsche der Presse ab, die mit Dank die lebenswürdige Unterstühtung anerkennen kann, die sie stets durch Herrn Ministerialrat Schulze erfahren hat.

Englische Flugzeuge gegen die Rubier.

X Chartum. Flugzeuge, die die englischen Truppen gegen einen feindlichen Stamm im Sou-Obbet am oberen Nil unterstühten, stürzten im großen Verluste zu und bombardierten die Pyramide Dengur, die bei den Eingeborenen symbolische Bedeutung hat.

Subtilen deutscher Städte im Jahre 1928.

Ab. Eine Uebersicht der wichtigsten Jubiläen deutscher Städte im Jahre 1928 entnehmen wir dem Deutschen Verkehrs- und Reisebuch Sommer 1928 in Deutschland, das die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände herausgegeben hat. Nürnberg feiert den 400. Todestag Albrecht Dürers, des Künstlers und Kunsthöhrers, der am 9. April 1528 in Nürnberg seine Augen schloß. In Nürnberg wird in einer Ausstellung zum ersten Male eine große Zahl seiner Gemälde an einer Stelle vereinigt sein. Dokumente werden einen Einblick in das soziale und kulturelle Leben Nürnbergs zur Zeit Dürers geben. Historische Festzüge und vollständige Veranstaltungen, auch die Hans-Sachs-Spiele, werden das mittelalterliche Zeitbild vervollständigen. Die Stadt Mindelheim begeht im August das 400-jährige Grundbergjubiläum und hat die Mindelburg zum Museum umgestaltet. Die Stadt Brandenburg a. d. Havel begeht 1928 zwar tausend Jahre, hat aber die Feier auf das folgende Jahr verlegt. Das mittelalterliche Städtchen Dänfelshöhl in Bayern, einst freie Reichshadt wie Nördlingen und Rothenburg, kann vom 25. bis 27. August sein tausendjähriges Bestehen feiern. Raumburg a. d. Saale mit seinem herrlichen Dom begeht vom 22. bis 24. Juni sein 900-jähriges Stadtjubiläum mit einer Reihe festlicher Veranstaltungen. Vom 24. Juni bis 1. Juli wird die Stadt Proskau in Oberschlesien den Tag ihres 700-jährigen Bestehens festlich begehen. Verbunden mit dieser Feier wird das 60-jährige Jubiläum der h6heren Lehranstalt für Ob- und Gartenbau, der einzigen derartigen Fachanstalt im deutschen Osten. Das Städtchen Weinselbe auf dem Eichsfeld feiert ebenfalls im Juli sein 700-jähriges Bestehen mit einem historischen Festzug. Westfalen in Schlesien begeht im August das 650-jährige Jubiläum der Stadt und der Klosterkirche. In Nordbayern begeht im Juli die Jean-Paul-Stadt Wunsiedel die 600-jährige Wiederkehr ihrer Gründung mit zahlreichen festlichen Veranstaltungen. Die am Niederrhein gelegene Gemeinde Staelen beschäftigt, anlässlich der 500-Jahresfeier die Verleihung des Stadtrechts zu beantragen, die ihr einst verloren gegangen sind. In Stralsund löhrt sich zum 300. Male der Tag, an dem Wallenstein die Belagerung aufhob. Vom 22. bis 25. Juli wird die Schwere dieses grimmigen Feldherrn durch die Bürger durch ein großes Fest gefeiert werden. Silberberg in Schlesien, romantisch am Oulengebirge gelegen, feiert am 8. Juni das 150-jährige Bestehen seiner Festung. Frey Reuter verlebte hier seine Festungszeit. Im Juni feiert der bekannte schlesische Kurort Altdöbel sein 100-jähriges Bestehen durch ein historisches Festspiel, eine Trachtenschau und einen Blumenkranz. In Osnabrück a. d. Eibe blüht die Schöngilde auf ihre 400-jährigen Bestehen zurück, und in Mannheim gilt es, das 200-jährige Bestehen der dortigen Handelskammer in festlichem Rahmen zu begehen.

Filmschau.

Ab. Heute löhft in den „Dona-Schiffen“ der Gesellschafts-Kriminalfilm aus Berlin W und N nach dem bekannten Roman von Arthur Landberger. Der Film mit seiner erklärenden deutschen Starbesetzung. In der Titelrolle Jos Wares, der Mann der Kraft, sowie die Mitwirkung des bekannten und beliebten Berliner Kriminalkommissars Albert Wetmann geben Zeugnis für die Qualität des so spannenden Kriminalfilms. Die Berliner Premiere dieses eindrucksvollen und spannenden Films war aus der größten Saison-Saal. Die Premiere löhft in dem Film Trans Ocean.